

Handelsblatt print: Nr. 063 vom 01.04.2016 Seite 051 / Wochenende

HUBERT LIENHARD

"Ich sehe keinen Ausverkauf des deutschen Mittelstands"

Im Hauptberuf ist Hubert Lienhard Chef des Maschinen- und Anlagenbauers Voith. Im Nebenjob leitet er den Asien-Pazifik-Ausschuss der deutschen Wirtschaft, eine Interessenvertretung von Unternehmen, die im Asien-Geschäft engagiert sind. Lienhard rechnet damit, dass das Interesse der Chinesen am Kauf deutscher Unternehmen anhalten wird - eine Bedrohung sieht er darin jedoch nicht.

Herr Lienhard, im ersten Quartal kamen in Deutschland aus keinem anderen Land mehr Firmenkäufer als aus China. Erwarten Sie, dass das Interesse anhält?

Schon im vergangenen Jahr sind die weltweiten Auslandsinvestitionen aus China um 15 Prozent gestiegen. Der Trend wird sich weiter fortsetzen. Es sind mittlerweile spürbar mehr chinesische Privatunternehmen im Ausland als Kaufinteressenten auf dem Markt.

Wie nehmen Sie Käufer aus China bisher wahr?

Den deutschen Firmen, die von chinesischen Unternehmen übernommen worden sind, geht es sehr gut. Das Feuerwehrtechnikunternehmen Ziegler, das mittlerweile zum chinesischen Logistikunternehmen CIMC gehört, ist da ein gutes Beispiel.

Die chinesischen Unternehmen sind vor allem an deutscher Technologie interessiert. Verkauft die deutsche Wirtschaft ihre Perlen?

Befürchtungen, dass chinesische Firmen das technologische Wissen der übernommenen deutschen Firmen einfach rausziehen wollen, sehen wir überhaupt nicht bestätigt. Ich sehe keinen Ausverkauf des deutschen Mittelstandes. Es geht hier ja nicht um feindliche Übernahmen am Aktienmarkt - da sehen wir chinesische Akteure in Europa nicht. Die mittelständischen Unternehmen in Deutschland sind in der Hand von Unternehmern. Wenn diese willens sind, an einen chinesischen Bieter zu verkaufen wie etwa im Fall Putzmeister, ist da nichts gegen zu sagen. Deutschland lebt vom Export, wir sollten nicht versuchen, Mauern aufzubauen. Die Ausnahmeregelungen, die wir bisher für Übernahmen in sicherheitsrelevanten Branchen haben, reichen aus.

In den USA und Australien sind die Reaktionen auf Übernahmen durch chinesische Unternehmen und Konsortien derzeit kritischer.

Das kann uns nur nützen. Es kann nicht von Nachteil sein, wenn Deutschland und China stärker verwoben werden - auch mittelfristig machtpolitisch nicht. Und wenn unsere Märkte offen bleiben, können wir auch von China mehr fordern in puncto Marktzugang.

In welchen Punkten sehen Sie für deutsche Unternehmen auf dem chinesischen Markt die größten Hürden?

Es besteht in bestimmten Bereichen wie Automobilbau der Zwang, Joint Ventures zu gründen. Oder Sie können wie Banken, Versicherungen oder Handelsunternehmen nur mit Minderheitsbeteiligungen bei chinesischen Unternehmen einsteigen. Bei öffentlichen Ausschreibungen haben wir nach wie vor nicht die gleichen Rechte wie chinesische Unternehmen. Bei Zertifizierungen von neuen Produkten sollen wir teilweise die Basistechnologie offenlegen. Und wir haben nicht den gleichen Zugang zu Forschungs- und Entwicklungsgeldern und Exportkrediten. Dabei bilden wir unsere chinesischen Mitarbeiter genauso aus, bringen unser Know-how ein - wir sind eigentlich chinesische Firmen und sollten nicht benachteiligt werden.

Hürden beim Marktzugang kritisieren deutsche Unternehmen schon länger. Tut sich denn etwas?

Als Xi Jinping Präsident wurde, haben alle eine schnelle Öffnung des Marktes erwartet. Aber er hat sich vor allem auf die Bekämpfung der Korruption konzentriert. Wir könnten da mehr Geschwindigkeit vertragen. Es wäre wichtig, dass ein Investitionsabkommen zwischen China und der EU geschlossen wird.

Das ist seit 2013 im Gespräch. Wann rechnen Sie mit einem Abschluss?

In diesem Jahr dürfte das schwierig werden. Es wäre gut, wenn die EU hier Druck machen würde. Es wäre ein wichtiger Schritt. Schlussendlich brauchen wir ein umfassenderes EU-China-Freihandelsabkommen, aber das kann erst nach einem Investitionsabkommen folgen.

Derzeit wird in der EU darüber diskutiert, ob China 15 Jahre nach dem WTO-Beitritt den Status einer Marktwirtschaft zugesprochen bekommen sollte. Was ist Ihre Meinung?

Es kann diesen Status für China nicht pauschal geben. Für bestimmte Bereiche wie etwa die Stahlbranche mit den großen Überkapazitäten in China sollte es Übergangsregeln geben. Sonst dürfte es so manchem Abgeordneten im EU-Parlament auch schwerfallen, dem Marktwirtschaftsstatus zuzustimmen. Wir sollten hier unsere Verhandlungsspielräume nutzen.

Danke für das Interview.

Die Fragen stellte Nicole Bastian.


Bastian, Nicole

Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 063 vom 01.04.2016 Seite 051
Ressort:	Wochenende
Serie:	China auf Einkaufstour (Handelsblatt-Beilage)
Dokumentnummer:	941728E1-077C-4DBF-BE1E-665D3BEA5AE0

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://archiv.handelsblatt.com/document/HB_941728E1-077C-4DBF-BE1E-665D3BEA5AE0%7CHBPM_941728E1-077C-4DBF

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH - Zum Erwerb weitergehender Rechte: nutzungsrechte@vhb.de

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH